

Aus Respekt vor den Schülerprotesten: Freitags alle Kohlekraftwerke abschalten!

geschrieben von H.j. Lüdecke | 18. April 2019

Hier bei uns verstopft der Kohlestrom das Stromnetz und deshalb kann dieses Netz nicht genügend alternative Energien speichern. Dadurch fällt wiederum die bereits fest eingepreiste CO₂-Einsparung unserer EEG-Energiewende flach und Deutschland verfehlt seinen zwingend notwendigen Beitrag für das globale 1,5-Grad-Klimaziel. Nach Aussage der „Scientists for Future“ reichen die derzeitigen Maßnahmen zum Klima-, Arten-, Wald-, Meeres- und Bodenschutz bei Weitem nicht aus, um eine katastrophale Veränderung des 30-jährigen globalen Wetterdurchschnitts (= Klima) zu verhindern.

Und weil die Erwachsenen in den westlichen Industrienationen beim Klimaschutz völlig versagt haben, demonstrieren hier die Schüler jetzt jeden Freitag ganz spontan für eine klimagerechte Welt. Alle übrigen Schüler dieser Welt lernen inzwischen fleißig weiter, damit es ihnen später auch einmal so gut geht, wie diesen Schülern in den westlichen Industrienationen.

Also, liebe Kohlekommission, aus Respekt vor den „Fridays for Future“-Schülerprotesten sollten zukünftig an jedem Freitag die deutschen Kohlekraftwerke abgeschaltet werden, denn dadurch können wir alle nur dazulernen:



Der Beipackzettel zu „RESPEKT am Freitag“:

Risiken und Nebenwirkungen: Die Schüler könnten lernen, dass erfüllte Wünsche nicht unbedingt glücklich machen. Die Verbraucher könnten lernen, die Kritik von Energiekonzernen an planwirtschaftlichen EEG-Utopien ernst zu nehmen, anstatt diesen Unfug auch noch über Zwangsabgaben zu finanzieren. Die Automobilindustrie könnte lernen, dass jeder erfolgreiche Ladezyklus eines E-Autos zwingend eine sichere Stromversorgung der jeweiligen Ladestation voraussetzt. Die Gewerkschaften könnten lernen, dass man mit vorindustriellen Windmühlen keine Industriearbeitsplätze erhalten kann. Die Kirchen könnten lernen, dass die modernen Naturwissenschaften in der Bibel nicht hinlänglich erklärt werden. Die Medien könnten lernen, was Hanns Joachim Friedrichs unter „gemein machen“ verstanden hatte. Die Kohlekommission könnte lernen, dass in einer hochtechnisierten Industrienation grundlegende MINT-Entscheidungskompetenz durch keine noch so große Zahl von glaubensfesten Weltverbesserern zu ersetzen ist. Das Wirtschaftsministerium könnte lernen, dass eine nicht marktfähige Technologie durch Subventionen nicht weiterentwickelt sondern dauerhaft zwangsernährt wird. Die Politik könnte lernen, dass unserem Land neben technischem Sachverstand und einer qualifizierten Leitung auch noch die Stromspeicher fehlen. Die Demokraten könnten lernen, dass ein 97%-Konsens keinen demokratischen Prozess repräsentiert, sondern das Demokratieverständnis von Pol Pot und das Wissenschaftsverständnis zu Zeiten von Galileo Galilei. Die Welt könnte lernen, dass Deutschland das globale Klimaproblem weder herbeigeführt hat, noch in der Lage sein wird, es mit Kindergärten und planwirtschaftlichen Utopien zu lösen. Und jeder einzelne Bundesbürger könnte endlich lernen, dass man selbständiges Denken nicht durch Ablasszahlungen an verantwortungslose Ideologen delegieren darf...

Nicht auszuschließende Spätfolgen: Die besorgten Schüler*innen werden eines Tages mit ihrem persönlichen Spitzensteuersatz für die immer weiter ausufernden Dekarbonisierungskosten einer Energiewende, einer Verkehrswende und einer Agrarwende einstehen müssen. Und wenn einige von ihnen in zwanzig oder dreißig Jahren dagegen aufmucken sollten, dann wird man sie möglicherweise als Globalisierungsverlierer*innen und alte weiße Männer*innen verleumden...

Kontraindikationen: Von der Bundespressekonferenz „Scientists for Future“ ergibt sich über die dort anwesende Generalsekretärin des Wissenschaftlichen Beirats der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (WBGU) eine direkte Verbindung zur Bundesregierung, sodass die jugendlichen Regierungskritiker offenbar ganz massiv aus dem direkten Umfeld der Kritisierten unterstützt werden. Es ist also nicht völlig auszuschließen, dass es sich bei den Schülerprotesten um eine regierungsnaher „Astroturf“-Veranstaltung handelt, mit der man sich eine moralische Rechtfertigung für weitere geplante Einschnitte in unsere Industriegesellschaft zu verschaffen gedenkt.

Der Beitrag erschien zuerst in der „Kalten Sonne“ am 10. April 2019. Wir danken Herrn Weber und der KA für die freundliche Genehmigung, den Beitrag auch bei uns bringen zu können.